

**HK****Handelskammer
Hamburg****Plenarsitzung**

7. Februar 2019, 16:00 Uhr

Protokoll

Vorsitz: Vizepräsident André Mücke**Tagesordnung**

- 1. Genehmigung der Tagesordnung**
- 2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24. Januar 2019**
- 3. 16. Änderung der Gebührenordnung der Handelskammer Hamburg**
- 4. Ersatzwahl von Ausschussvorsitzenden**
 - a. Ausschuss für Außenwirtschaft**
 - b. Ausschuss für Asien**
 - c. Ausschuss für Handel**
- 5. Weiteres Vorgehen – Ersatz des Präses**
- 6. Positionierung zum Thema Upload-Filter**
- 7. Anträge**
 - a. Antrag zur Einsetzung der Projektgruppe „Klimaplan Hamburg“**
 - b. Antrag von Herrn Lorenzen et.al. zum Thema Mensch und Umwelt**
 - c. Antrag von Herrn Gehrckens zur Begrenzung der durch die Energiewende bedingten Stromumlagen für die stromintensive Industrie**
 - d. Eilantrag von Frau Nissen-Schmidt et.al. zur finanziellen Absicherung der Handelskammer Hamburg**
 - e. Eilantrag von Herrn Pirck et.al. zur Kompetenz und Sachorientierung für den Reorganisationsprozess der Handelskammer Hamburg**
- 8. Berichte**
 - a. Berichte des Präses und des Präsidiums**
 - b. Bericht der Hauptgeschäftsführerin – Geschäftsbericht 2018**
 - c. Aktuelles aus der Mitte des Plenums**
 - d. Berichte aus den Ausschüssen**
 - e. Bericht der Wirtschaftsunioren**
- 9. Verschiedenes**

Anwesend:

Herren Vizepräses Elmendorf, Jensen, Mücke, Frau Vizepräses Rickwardt, Frau Vizepräses Stumpf;

Frau Arova, Herr Asmus, Frau Beckmann, Herren Behrens, Brauer, Duphorn, Dürre, Ederhof, Enke, Gehrckens, Goetz, Frau Harbs, Herren Heimsoth, Hocqué, Holstein, Dr. Killinger, Koopmann, Korff, Kranz, Kuhlmann, Daniel Lorenzen, Dominik Lorenzen, Lorenz-Meyer, Montzka, Frau Nissen-Schmidt, Herren Perleberg, Pfeiffer, Pirck, Pohle, Frau Prinz, Herren Räber, Reinecke, Frau Schoras, Herren Selent, Siebold, Sträßner, Tasbilek, Dr. Vogelsang, Wandrey, Frau Wendt-Heinrich;

Dauerhafte Gäste im Plenum:

Herren Enkerts, Dr. Mecke, van der Schalk, Frau Odebrecht;

Gast:

Herr Prof. Aust;

Aus dem Hauptamt:

Frau Degen



Entschuldigt fehlten:

Herr Vizepräses Kröger, Frau Albertsen, Frau Arendt, Herren Dr. Brüggestrat, Costur, Ebert, Dr. Gent, Falk, Fischer, Frau Gül Canbolat, Herren Hanneforth, Hellwig, Holler, Jakovlev, Kaufholz, Lintzen, Frau Meier, Frau Nack-Warenycia, Herren Platz, Schmelzer, Dr. Teichert, Thies, Wendt-Reese, Wöhlke.

Vizepräsident Mücke begrüßt die Anwesenden zur Februar-Sitzung des Plenums und heißt Frau Odebrecht willkommen, Abteilungsleiterin Strategie und Public Affairs der Hamburg Messe und Congress GmbH und derzeit erste Sprecherin der Wirtschaftsunioren.

Er weist auf eine Neuerung hin. Die Minutenangaben hinter den einzelnen Tagesordnungspunkten in der Tagesordnung sollten der groben zeitlichen Orientierung dienen.

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Vizepräsident Mücke informiert die Anwesenden über einen Vorschlag des Präsidiums, die heutige Tagesordnung zu ändern: Die in TOP 6 aufgeführten Berichtspunkte sollten wegen der Vielzahl gestellter Anträge erst nach den in TOP 8 aufgeführten Anträgen behandelt werden. Er bittet bei Zustimmung um das Handzeichen der Anwesenden.

Bei einer Enthaltung stimmen die Anwesenden dafür, die Tagesordnung wie vorgeschlagen zu ändern.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24. Januar 2019

Das Plenum verabschiedet das Protokoll der letzten Plenarsitzung vom 24. Januar 2019.

TOP 3 16. Änderung der Gebührenordnung der Handelskammer Hamburg

Vizepräsident Mücke führt aus, die Gebührenordnung der Handelskammer Hamburg sei ihre Rechtsgrundlage für die Erhebung von Gebühren für hoheitliche Leistungen. Die letzte umfangreichere Anpassung dieser Gebühren habe das Plenum am 4. Februar 2016 verabschiedet. Im vergangenen Jahr seien die Gebührentarife turnusmäßig überprüft worden. Bei der neuerlichen Gebührenkalkulation habe man sich ausschließlich am Kostendeckungsprinzip orientiert. Danach stellten die Verwaltungskosten eine Obergrenze für die Gebühren dar. Darüber hinaus sei man dem Äquivalenzprinzip gefolgt: Es sei abgewogen worden, inwiefern die jeweilige Gebühr in einem angemessenen Verhältnis zum wirtschaftlichen Wert der Verwaltungsleistung stehe. In der vorliegenden Fassung, die den Mitgliedern des Plenums mit vorbereitenden Unterlagen zugestellt worden sei, seien die Gebührentarife neu strukturiert, bestehende Gebührentarife angepasst und neue Gebührentarife eingeführt worden. Bewusst sei auf eine Erhöhung der Prüfungsgebühren im Bereich Ausbildung verzichtet worden. Diese Entscheidung basiere auf der Empfehlung der „Task Force Ausbildung“ aus dem vergangenen Jahr. Ebenfalls nicht erhöht würden die Weiterbildungsgebühren. Man entspreche damit dem Wunsch des Hamburger Senats, die Einführung der Zahlung einer „Meisterprämie“ für erfolgreiche Absolventen der Höheren Berufsbildung nicht für eine Gebührenerhöhung zu nutzen. Die jetzt vorliegende neue Gebührenordnung habe der Ausschuss für Inneres in seiner Sitzung am 22. Oktober 2018 zur Abstimmung mit der Rechtsaufsicht freigegeben. Nachdem diese erfolgt sei habe das Präsidium den Gebührenanpassungen in seiner Sitzung am 14. Dezember 2018 zugestimmt.

Im Anschluss an diese Ausführungen begrüßt Herr Pirck den Verzicht auf eine Erhöhung der Prüfungsgebühren. Auf seine Frage, ob die signifikante Gebührenerhöhung im Bereich der Carnets mit dem Ausschuss für Außenwirtschaft besprochen worden sei, stellt Herr Kornella fest, dass der Ausschuss für Außenwirtschaft informiert gewesen sei und die Gebührenanpassungen zur Kenntnis genommen habe. Im Übrigen seien gerade diese Gebühren mit Augenmaß kalkuliert worden und fielen im Vergleich mit anderen IHKs im Umland teilweise sogar geringer aus.

Mit 40 Ja-Stimmen bei drei Enthaltungen beschließt das Plenum die 16. Änderung der Gebührenordnung der Handelskammer Hamburg entsprechend dem formalen Beschlusstext der vorab versandten Anlage 4. Ferner wird das Hauptamt ermächtigt, etwaige erforderliche redaktionelle Änderungen vorzunehmen, die sich insbesondere aus dem Genehmigungsprozess mit der Rechtsaufsicht ergeben können.

TOP 4 Ersatzwahl von Ausschussvorsitzenden

Vor den Ersatzwahlen erläutert Vizepräsident Mücke das Abstimmungsprozedere. Diese Wahl erfolge geheim und mittels der Abstimmungssoftware der Handelskammer. Auf der Leinwand des Plenarsaals würden keine Zwischenergebnisse eingeblendet, womit Rückschlüsse auf das Votum einzelner Plenarmitglieder ausgeschlossen seien.

a) Ausschuss für Außenwirtschaft

Hierzu führt Vizepräsident Mücke aus, der frühere Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Fabian Kruse, habe sein Amt in der Ausschusssitzung vom 4. Dezember 2018 niedergelegt. Er dankt Herrn Dr. Kruse für sein Engagement. Für die nun anstehende Ersatzwahl liege eine Kandidatur von Herr Robert Lorenz-Meyer, Geschäftsführer der Beteiligungsgesellschaft Ernst Russ m.b.H., Mitglied des Plenums und Außenwirtschaftsbeauftragter der Handelskammer.

Herr Lorenz-Meyer stellt sich in aller Kürze vor.

Mit 40 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme wählt das Plenum Herrn Robert Lorenz-Meyer zum neuen Vorsitzenden des Ausschusses für Außenwirtschaft.

Herr Perleberg fragt, ob es möglich sei, während der Abstimmungen die Grafik auf der Leinwand so zu gestalten, dass erkennbar wird, ob man seine Stimme wirksam abgegeben hat. Herr Vizepräsident Mücke beauftragt die Technik mit der Prüfung.

b) Ausschuss für Asien

Ebenfalls von seinem Amt zurückgetreten sei der bisherige Vorsitzende des Ausschusses für Asien, Herr Stefan Dircks, informiert Vizepräsident Mücke. Seine Entscheidung habe er am 28. Dezember 2018 mitgeteilt. Er dankt für dessen großes Engagement im Ausschuss. Mit Herrn Paul Holstein, Geschäftsführer der TTH Techno Trade GmbH und Mitglied des Plenums, liege eine Kandidatur für den Gremienvorsitz dieses Ausschusses vor.

Herr Holstein stellt sich vor: Er sei verheiratet und habe drei Kinder. Als Inhaber zweier Außenhandelsunternehmen, die ihren Schwerpunkt im Handel mit Indien und China hätten, sei er im Ausschuss International, im Ausschuss für Asien und in der Projektgruppe Seidenstraße tätig. Er dankt Herrn Dircks für seine langjährige vorbildliche Vorsitzenden-tätigkeit und möchte diese ebenso fortsetzen.

Mit 32 Ja-Stimmen bei 12 Nein-Stimmen wählt das Plenum Herrn Paul Holstein zum neuen Vorsitzenden des Ausschusses für Asien.

c) Ausschuss für Handel

Vizepräsident Mücke berichtet, der bisherige Vorsitzende des Ausschusses für Handel, Herr Timo Weber, habe seinen Ausschussvorsitz aufgeben müssen, da er nicht mehr länger im Hamburger Alsterhaus, sondern nun in der Geschäftsführung des Berliner Ka-DeWe tätig sei. Für den Vorsitz hätten sich Frau Britta Mohr-Rothe, Filialgeschäftsführerin der IKEA Deutschland GmbH & Co. KG Niederlassung Hamburg Altona, und Herr Dietmar Hamm, Geschäftsführer der Kontorhausverwaltung Bach GmbH, beworben. Über HK Connect habe der Ausschuss für Handel ein Stimmungsbild ermittelt, wonach mit 14 zu 12 Stimmen mehrheitlich für Frau Britta Mohr-Rothe votiert worden sei. Das Präsidium gebe auch hierzu keine Wahlempfehlung ab. Auf eine persönliche Vorstellung der Kandidaten müsse verzichtet werden, da beide nicht anwesend seien.

Mit 31 Stimmen wählt das Plenum Frau Mohr-Rothe zur neuen Vorsitzenden des Ausschusses für Handel. Auf Herrn Dietmar Hamm entfallen dabei 8 Stimmen. Fünf Stimmen entfallen auf keinen der Kandidaten.

Zum eingangs erwähnten Stimmungsbild auf HK Connect merkt Herr Perleberg an, dort es sei möglich gewesen, seine Stimme mehrfach abzugeben. Dadurch bestehe seiner Ansicht nach grundsätzlich die Gefahr des Verfälschens einer Abstimmung. Vizepräsident Mücke dankt für diesen Hinweis und beauftragt die Technik mit einer Überprüfung.

TOP 5 Weiteres Vorgehen – Ersatzwahl des Präses

Zum weiteren Vorgehen der Ersatzwahl des Präses stellt Vizepräsident Mücke zunächst fest, dass die Handelskammer aktuell zwar nicht über einen gewählten Präses verfüge, aber ein Präsidium habe, aus dessen Mitte ein Vizepräsident das Amt des Präses derzeit kommissarisch ausübe. Zu diesem TOP liege eine Wortmeldung vor.

In Vertretung der Vorsitzenden des Ausschusses für Tourismus und Gastgewerbe, Frau Rohwedder, berichtet Herr Prof. Aust über einen einstimmigen Beschluss dieses Ausschusses vom 29. Januar 2019. Der Ausschuss bedauere, dass in der Sitzung des Plenums am 24. Januar 2019 kein Präses gewählt worden sei. Dies werte der Ausschuss als sichtbares Zeichen des Streites und der Auseinandersetzungen unter den Mitgliedern des Plenums. Das wenig konsensuale Verhalten und die fehlende Entscheidungsfähigkeit belaste sowohl die Mitarbeiter als auch die Funktionsfähigkeit der gesamten Handelskammer. Wichtige Entscheidungen erfolgten verspätet oder blieben aus. Daher fordere der Ausschuss das Plenum auf, seiner Verantwortung gerecht zu werden, zum Wohle der Wirtschaft zu wirken. Diese Pflicht bestehe gegenüber allen Unternehmen der Stadt.

Vizepräsident Mücke dankt für das Statement des Ausschusses für Tourismus und Gastgewerbe. Er schlägt vor, der weiteren Diskussion hierzu die Befassung des Antrags von Herrn Dr. Mecke zur Aussetzung weiterer Präses-Wahlen voranzustellen.

Einleitend wendet sich Herr Dr. Mecke mit persönlichen Worten an das Plenum. Er sei traurig darüber, dass persönliche Schlammschlachten in der Presse ausgetragen würden und halte dies für niveaulos. Er appelliere an die Mitglieder des Plenums und an Vizepräsident Mücke, persönliche Angriffe künftig zu unterlassen. Es dürfe nicht sein, dass sich das Plenum vorwiegend mit sich selbst befasst, dies werde der Verantwortung gegenüber der Verwendung von Mitgliedsbeiträgen nicht gerecht.

In seiner Antragsbegründung zur Aussetzung weiterer Präseswahlen führt Herr Dr. Mecke aus, dass die Suche nach einem geeigneten Präses und die damit verbundenen Diskussionen die Kammerarbeit weiter stark behindern würden. Auch nach einer möglichen Wahl eines neuen Präses wäre das Präsidium aufgrund der dann erforderlichen Abstimmungsprozesse nicht gleich in der Lage, effektiv und sachorientiert arbeiten zu können. Er beantrage daher, die gewählten Vizepräsidenten mit dem gewählten kommissarisch als Präses agierenden Vizepräsidenten aus ihrer Mitte nach einem primus-inter-pares-Modell ab sofort zu verpflichten, konstruktiv und sachbezogen die Geschicke der Handelskammer in die Hand zu nehmen, positiv und ohne „hidden agenda“ zu wirken und die Neuwahl des Plenums Anfang 2020 vorzubereiten.

Herr Kuhlmann unterstützt den Antrag von Herrn Dr. Mecke. Es gehe nicht darum, in Bündnissen zu denken, sondern einheitlich und zum Wohle der Handelskammer Entscheidungen zu treffen.

Zwecks rechtlicher Einschätzung führt Herr Graf aus, dass der Antrag, würde er so beschlossen werden, dazu führe, dass keine weitere Wahl angesetzt werde. Nach der Wahlordnung könne dennoch ein Kandidat mit 12 Unterstützer-Unterschriften zwingend seine Kandidatur vorlegen.

Herr Asmus stellt hierzu fest, dass nach diesen Ausführungen der Antrag nicht weiterhelfe. Stünde jemand mit 12 Unterschriften als Präses-Kandidat auf, müsse neu gewählt werden.

Herr Reinicke unterstützt den Antrag von Herrn Dr. Mecke. Er nehme einen breiten Konsens innerhalb des Plenums wahr, Personaldebatten jetzt zu beenden und zur Sacharbeit zurückzukehren. Weitere vier Wochen bis zu einer erneuten Ersatzwahl zu warten, halte er für ebenso fahrlässig, wie ein eventuell erneutes Abstimmungs-Patt. Seiner Wahrnehmung nach hätten die aktuellen Vizepräsidenten eine breite Mehrheit, seien voll handlungsfähig und zögen inhaltlich an einem Strang. Deshalb unterstütze er den Antrag.

Ebenfalls für den Antrag spricht sich Herr Ederhof aus. Seiner Ansicht nach wünsche sich das Hauptamt wieder einen Präses als Repräsentanten des Hauses. Dies erfordere, dass die Protagonisten miteinander reden würden, dies sei in den letzten Wochen zu kurz gekommen.

Frau Vizepräsidentin Rickwardt stellt fest, dass die beiden Sitzungen des aktuellen Präsidiums seit dem Ersatzwahl-Patt im Januar überaus konstruktiv und in sehr gutem Dialog verlaufen seien. Sie sei für die nächsten zehn Monate zuversichtlich gestimmt.

Herr Dominik Lorenzen stimmt dem vorliegenden Antrag zu und mahnt zur Rückkehr zur Sacharbeit. Das aktuelle Stimmungsbild sei ein Wink mit dem Zaunpfahl für potenzielle Präses-Kandidaten. Ein Überarbeiten der Satzung sei dringend notwendig, um künftig das Entstehen einer solchen Situation, wie man sie aktuell erlebe, zu verhindern.

Herr Holstein spricht sich für den Antrag aus. Er gibt zu bedenken, dass es aufgrund der dann reduzierten Personenzahl auf sechs Personen im Präsidium bei wichtigen Entscheidungen künftig zu Patt-Situationen kommen könne.

Mit 32 Ja-Stimmen bei 11 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen stimmt das Plenum dem vorliegenden Antrag zu. Damit folgt das Plenum dem Antrag von Herrn Dr. Mecke und beschließt, keine Ersatzwahl des Präses durchzuführen. Bis zur Kammerwahl 2020 wird Vizepräses Mücke die Aufgaben des Präses übernehmen.

TOP 6 Positionierung zum Thema Upload-Filter

Frau Vizepräses Stumpf führt aus, vor einigen Stunden hätten sich einige Länder auf einen neuen Kompromissvorschlag zu diesem Thema geeinigt. Er enthalte die wesentlichen Forderungen der deutschen Seite, in denen auf kleine Unternehmen Bezug genommen werde. Inhalt der heutigen Abstimmung sei ein Brief zahlreicher Digitalverbände, darunter der Bitkom e.V., in dem sie sich gegen Upload-Filter ausgesprochen hätten, da sie deren Einführung für unverhältnismäßig erachteten. Die Verbände monierten, dass automatisierte Filter beispielsweise satirische und künstlerische Beiträge nicht erkennen könnten und diese geblockt würden. Außerdem könnten kleine Unternehmen ein Vorab-Filtering weder personell noch automatisiert zur Verfügung stellen. Kleinere Unternehmen, Unternehmen jünger als drei Jahre und solche mit einem Umsatz unter 10 Mio. EUR Umsatz müssten nach dem Kompromissvorschlag erst dann filtern, wenn sie Kenntnis von einer Urheberrechtsverletzung erlangten. Der Ausschuss für Digitale Wirtschaft und der Ausschuss für Medien- und Kreativwirtschaft hätten nun gemeinsam einen textlichen Zusatz erarbeitet, der dem offenen Brief in einer Positionierung der Handelskammer zur Seite gestellt werden solle. Diesem Zusatz hätten der Ausschuss für Digitale Wirtschaft einstimmig, der Ausschuss für Medien- und Kreativwirtschaft bei einer Gegenstimme zugestimmt. Sie bitte um Zustimmung des Plenums zur vorgelegten Positionierung.

Frau Vizepräses Stumpf bejaht die Nachfrage von Frau Wendt-Heinrich, ob es bei der Abstimmung nur über eine Positionierung zu dem Brief der Verbände gehe. Direkten Einfluss auf eine Entscheidung in Brüssel habe man nicht.

Mit 39 Stimmen bei fünf Enthaltungen stimmt das Plenum dem vorliegenden Antrag zu, den textlichen Zusatz, der mit den Unterlagen in Anlage 6 vorab übersandt wurde, in geeigneter Form als Positionierung der Handelskammer Hamburg zu veröffentlichen.

TOP 7 Anträge

a) Antrag zur Einsetzung der Projektgruppe „Klimaplan Hamburg“

Frau Beckmann referiert anhand des vorliegenden Vortragsfoliensatzes. Im Dezember 2018 sei die Projektgruppe durch das Präsidium eingerichtet worden und habe sich seit Januar

2019 bereits zu zwei Sitzungen getroffen. Sie bestehe bislang aus zehn Personen, die das Spektrum zwischen kleinen und großen Unternehmen widerspiegeln. Die Projektgruppe arbeite mit der Aufgabenstellung, den unter der Leitung der Behörde für Umwelt und Energie stehenden Hamburger Klimaplan fortzuführen und die Expertise der Handelskammer einzubringen. Es gebe einen guten Kontakt zum Umweltausschuss der Handwerkskammer, den Herr Knahl aus dem Hauptamt vermittelt habe. Die Projektgruppe wünsche sich, das Thema auch anderen Kammerausschüssen nahebringen zu können, der Ausschuss für Gesellschaftliche Verantwortung habe bereits Interesse signalisiert. Im März-Plenum werde ein Eckpunktepapier mit konkreten Vorschlägen vorgestellt, das der Behörde für Umwelt und Energie im Vorfeld eines Stakeholder-Workshops am 28. März 2019 als Expertise unserer Handelskammer übermittelt werden solle. Frau Beckmann bittet um zustimmende Kenntnisnahme des Plenums.

Mit 41 Stimmen bei drei Enthaltungen stimmt das Plenum dem vorliegenden Antrag zu, eine Projektgruppe Klimaplan einzusetzen.

b) Antrag von Herrn Lorenzen et.al. zum Thema Mensch und Umwelt

Herr Dominik Lorenzen nimmt Bezug auf die als Anlage 8 vorab übersandte Unterlage. Der vorliegende Antrag, der von Frau Nack-Warenycia und ihm erarbeitet worden sei, sei in drei Kammerausschüssen vorgetragen worden und habe viel Zuspruch erfahren. Dabei habe es neben kontroversen Diskussionen keinen inhaltlichen Dissens gegeben, vielmehr die Anregung, den Bereich der sozialen Verantwortung um den Begriff „ökologische Verantwortung“ zu ergänzen. Der Antrag sei nicht ideologisch zu verstehen, denn Verantwortung für Mensch und Natur zu übernehmen falle in den Aufgabenbereich jedes Unternehmens. Deswegen sei es wichtig, im Rahmen der Satzungsreform die Klammer „Verantwortung für Mensch und Natur“ mit zu berücksichtigen. Es müssten daraus nicht sofort Maßnahmen abgeleitet werden.

Herr Pirck wendet ein, er könne kein klares Votum der bisher befassten Ausschüsse erkennen, die Diskussion in den Ausschüssen habe er anders wahrgenommen. Der Ausschuss für Gesellschaftliche Verantwortung habe empfohlen, den Antrag zwecks Präzisierung an eine Arbeitsgruppe abzugeben, der Ausschuss für Wirtschaftspolitik und Mittelstand habe eher ablehnend votiert. Dagegen wendet Herr Lorenzen ein, die befassten Ausschüsse seien sich inhaltlich einig, lediglich in Sachen Zuständigkeit sei man unterschiedlicher Ansicht.

Herr Koopmann wünsche sich im Beschlussvorschlag eine konkrete Ausformulierung. Ein Klammerkreis wie vorliegend in der grafischen Abbildung sei ihm zu abstrakt und unkonkret ausgeführt.

Mit 34 Ja-Stimmen bei zwei Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen stimmt das Plenum dem vorliegenden Antrag zu, im Rahmen des Kompass 2020 für die künftige Neuausrichtung der inhaltlichen und visionären Arbeit der Handelskammer Hamburg „Verantwortung für Mensch und Umwelt“ als umschließende Klammer/Kreis der gesetzlichen Aufgaben aufzunehmen und einzuführen.

c) Antrag von Herrn Gehrckens zur Begrenzung der durch die Energiewende bedingten Stromumlagen für die stromintensive Industrie

Herr Gehrckens trägt anhand des beigefügten Foliensatzes vor. Bei den Netzentgelten habe sich in den letzten Jahren eine Verdoppelung ergeben, bei den CO₂-Preisen sogar eine Verfünffachung. Das belaste vor allem energieintensive Industrieunternehmen, die Produkte erzeugten, die weltweit zum gleichen Preis verkauft würden. Mehrkosten könnten nicht einfach an Kunden weitergegeben werden. Zur Finanzierung der Energiewende gebe es in Deutschland eine Reihe von Umlagen wie beispielsweise die EEG-Umlage. Sie würden auf den Netto-Strompreis aufgeschlagen und machten mittlerweile einen Großteil des Brutto-Strompreises aus. Energieintensive Unternehmen wie Aurubis, das weltweit am saubersten produziere, stünden unter großem internationalen Wettbewerb und seien teilweise hiervon entlastet. Für sie gelte eine Obergrenze von 0,5 Prozent der Bruttowertschöpfung. Jetzt, nach der mehr als Verfünffachung des CO₂-Preises, könne sich das existenzgefährdend auswirken. Alle diese Kosten seien artifizielle Mehrkosten, die internationale Mitwerber nicht zu tragen hätten, insofern müsse es eine Begrenzung („Super-Cap“) auf alle energiewendebedingten Zusatzkosten geben.

Herr Ederhof ergänzt, die Ausschüsse für Industrie und für Energie hätten diesem Antrag bereits zugestimmt, da es sich um sachorientierte Interessenvertretung handele. Letztlich gehe es um standortpolitische Entscheidungen für Hamburg, da die Gefahr der Abwanderung stromintensiver Unternehmen bestehe.

In der anschließenden Diskussion, sprechen sich die Herren Wandrey, Vizepräsidenten Jensen, Dürre und Brauer für eine Zustimmung zu diesem Antrag aus. Herr Dürre lädt außerdem die Mitglieder des Plenums zur Sitzung des Ausschusses für Energie am 11. April 2019 ein, auf der über die Finanzierung erneuerbarer Energien diskutiert werden solle.

Mit 39 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und fünf Enthaltungen stimmt das Plenum dem vorliegenden Antrag zu, die Positionierung des DIHK gemäß der in Anlage 9 der vorab übersandten Unterlagen entsprechend zu ergänzen.

d) Eilantrag von Frau Nissen-Schmidt et.al. zur finanziellen Absicherung der Handelskammer Hamburg

Frau Nissen-Schmidt führt aus, die geänderten strategischen Überlegungen und der Reorganisationsprozess wirkten sich unmittelbar auf die finanzielle Situation der Handelskammer aus. Insbesondere im Zusammenhang mit der im November im Plenum diskutierten Mittelfristplanung blieben Fragen offen. Hinzu komme, dass der im November beschlossene Nachtragswirtschaftsplan 2018 bereits im Dezember korrigiert worden sei und der sodann beschlossene Wirtschaftsplan 2019 aufgrund von Entwicklungen der letzten Wochen bereits jetzt Unsicherheiten aufweise. Aufgrund von Beitragsrückerstattungen seien keine angemessenen Reserven und Rücklagen vorhanden, die Handelskammer sei unverändert finanziellen Risiken insbesondere aus Zinsänderungen, laufenden Klageverfahren aus der Anpassung der Altersversorgung und konjunkturellen Schwankungen ausgesetzt. Aus Gründen der Klarheit und Transparenz stelle sie deshalb einen Eilantrag zur Sicherung der Finanzsituation. Das Plenum möge wie folgt beschließen:

1. Unverzüglich wird ein vorläufiger Jahresabschluss 2018 (insbesondere Bilanz und Erfolgsrechnung) erstellt und vorgelegt.
2. Der Beschluss vom 6. Juli 2017 für 2020 ff., einen Wirtschaftsplan für die Handelskammer Hamburg vorzulegen, der ohne Pflichtbeiträge nach § 3 Abs. 2 IHK-Gesetz auskommt, wird aufgehoben („Roadmap zur Abschaffung der Pflichtbeiträge“).
3. Der Beschluss vom 8. Dezember 2017 zur zukünftigen Finanzierungsstruktur mit den Eckpunkten, das Gesamtbudget (Erträge/Aufwände) der Handelskammer-Gruppe auf eine Größenordnung von etwa 40 Mio. EUR zu reduzieren, indem die Ertragskomponente Mitgliedsbeiträge auf 20 Mio. EUR reduziert wird, wird aufgehoben.
4. Es wird eine Mittelfristplanung bis 2023 bis zur April-Sitzung erstellt, die sich im Rahmen des Budgets des Wirtschaftsplans 2019 bewegt und den schnellstmöglichen Aufbau von Rücklagen zur angemessenen Risikovorsorge berücksichtigt. Der Planung ist ein vorsichtiger Ansatz insbesondere bei den Erwartungen zur Entwicklung der Kosten zugrunde zu legen.

Herr Vizepräsident Elmendorf moniert, er sehe keinen Grund für eine Eilbedürftigkeit, der Antrag beziehe sich auf Vorgänge vor und aus Dezember 2018. Im Übrigen erwarte er bei einem Eilantrag Lösungsvorschläge, die er vorliegend nicht sehe. Der Reformprozess dürfe nicht nur innerhalb der Finanzplanung stattfinden. Das Präsidium empfehle daher, den Antrag an den Ausschuss für Inneres zu überweisen.

Herr Ederhof an, über die genannten Punkte 1 bis 4 punktweise abzustimmen. Das wichtige Thema Rücklage solle im Ausschuss für Inneres behandelt werden.

Frau Wendt-Heinrich weist darauf hin, dass es nicht um eine Verzögerung des Jahresabschluss gehe, sondern darum, wie lange ein Jahresabschluss dauern könne. Es handele sich also um eine präventive Planung. Sie befürwortet eine punktweise Abstimmung und die Abgabe des Thema Rücklagen in den Ausschuss für Inneres.

Frau Nissen-Schmidt ist mit einer Einzelabstimmung einverstanden, stimmt aber der Überweisung des Antrags in den Ausschuss für Inneres nicht zu.

Mit 36 Ja-Stimmen bei acht Nein-Stimmen stimmt das Plenum einer Überweisung des vorliegenden Eilantrags zur finanziellen Absicherung der Handelskammer zur Befassung an den Ausschuss für Inneres zu.

e) Eilantrag von Herrn Pirck et.al. zur Kompetenz und Sachorientierung für den Reorganisationsprozess der Handelskammer Hamburg

Herr Pirck spricht sich nicht prinzipiell gegen einen Reorganisationsprozess aus, allerdings müsse die Struktur der Strategie folgen. Die Handelskammer dürfe nicht zum subventionierten Mitbewerber ihrer Mitglieder werden. Die Stimmung innerhalb des Hauptamtes sei schlecht, was aber nicht berücksichtigt werde. Eine Reorganisation solle außerdem sachorientiert sein. Er nehme aber eine völlige Politisierung des Reorganisationsprozesses wahr, der im Übrigen bereits ein Jahr andauere. Vor diesem Hintergrund halte er eine Evaluation des bisherigen Prozesses durch eine externe neutrale Kommission für erforderlich. Das zukünftige Ziel müsse sein, eine starke und leistungsfähige Kammer zu haben, dieses Ziel sehe er derzeit gefährdet.

Herr Perleberg weist auf die Mitarbeiterbefragung durch den Personalrat der Handelskammer hin und stellt fest, es werde zu wenig über die Personen dahinter gesprochen. In diesem Zusammenhang stellt er folgende Fragen:

- Wurde bei der Mitarbeiterzufriedenheitsumfrage geprüft, ob einige eingereichte Fragebögen große Ähnlichkeiten untereinander aufgewiesen haben?
- Wurde geprüft, ob einige Mitarbeiter mit Teilzeitstellen nach der Neustrukturierung mit den Teilstellen in verschiedenen Geschäftsbereichen angesiedelt werden können? – Wenn ja, wurde mit diesen Mitarbeitern jeweils persönlich einzeln gesprochen?
- Wurden mit den Mitarbeitern unterhalb der Führungsebene Gespräche, einzeln oder in Kleingruppen, zu deren persönlicher Zukunft in der Handelskammer Hamburg durchgeführt? – Wenn nicht, wann ist dieses angedacht?
- Welche Karriereperspektive wird Mitarbeitern über die verschiedenen Ebenen hinaus in der Restrukturierung gegeben?

Vizepräses Mücke bittet Herrn Perleberg, seine Fragenliste dem Präsidium zu überlassen.

Frau Schoras empfiehlt, das Hauptamt jetzt in der neuen Struktur arbeiten zu lassen. Das Hauptamt sei durch die Arbeit in zwei Strukturen derzeit einer Doppelbelastung ausgesetzt.

Herr Pirck bejaht auf Nachfrage von Herrn Sträßner, ob gemeint sei, statt Beratern jetzt eine externe Expertenkommission einsetzen zu wollen.

Frau Vizepräses Stumpf sieht die Befragung allenfalls als Stimmungsbild. Aufgrund möglicher Mehrfachantworten sei sie fehlerhaft, müsse wiederholt werden und könne schon deshalb nicht zum Maßstab erhoben werden. Den vorliegenden Antrag halte sie nicht für nötig, man folge dem vorgegebenen Kompass und der ausgearbeiteten Vision/Mission-Strategie.

Herr Vizepräses Elmendorf erklärt, man folge dem Beschluss vom Dezember 2018, nach dem der Reorganisationsprozess nicht gestoppt und keine weiteren Berater beauftragt werden sollten. Da der Antrag eine weitere Pause bedeute, empfehle er, den Antrag abzulehnen.

Zur Unzufriedenheit des Hauptamtes stellt Herr Ederhof fest, in Change-Prozessen seien immer unterschiedliche Mitarbeitergruppen zu beobachten: „first mover“, Abwartende und Skeptiker. Ob die Umfrage wirklich aussagekräftig sei, bezweifle er. Sie als Grundlage eines Antrags zu machen, sehe er daher problematisch. Im Dezember sei beschlossen worden, den Prozess nicht auszusetzen und keine weiteren externen Berater zu konsultieren. Im Übrigen stimme er Frau Schoras zu. Die aktuelle Stimmung im Hauptamt könne seiner Ansicht nach Frau Degen am besten einschätzen.

Auch Herr Holstein nimmt eine Unzufriedenheit im Hauptamt wahr, dort wolle man nach seinem Eindruck endlich „loslegen“. Den im vorliegenden Antrag formulierten Wettbewerb zu Mitgliedsunternehmen könne er nicht nachvollziehen.

Der Vertreter des Personalrats der Handelskammer, Herr Klatt-Wenderodt, weist entschieden den Verdacht zurück, Mitarbeiter hätten mehrfach abgestimmt und damit

das Ergebnis manipuliert. Es sei das offizielle Umfragetool verwendet worden, das die Handelskammer für solche Zwecke zur Verfügung stelle. Gern wiederhole man die Befragung.

Frau Degen erklärt, sie scheue keine Evaluierung des aktuellen Reorganisationsprozesses, es sei denn, der Prozess würde dadurch bedeutsam verzögert. Sie habe den Eindruck, der vorliegende Antrag basiere in Teilen auf Informationsdefiziten oder Missverständnissen. Die Reorganisation diene nicht dazu, die Roadmap 60/40/20 umzusetzen und Personal abzubauen. Die negative Stimmung im Hauptamt nehme sie ernst, sie gehe nicht von einem manipulierten Umfrageergebnis aus. Die Negativstimmung resultiere aus dem Personalabbau, der Furcht vor daraus entstehender Mehrarbeit, der Übertragung zusätzlicher Aufgaben sowie dem verordneten Sparzwang. Auch das Arbeiten in einer Doppelstruktur belaste viele Mitarbeiter. Die Bereitschaft sei aber da, jetzt in die neue Struktur zu wechseln. Hinsichtlich der im Antrag angesprochenen Services sei man vom Kostendeckungsziel abgerückt. Die meisten Services der Handelskammer stünden nicht im Wettbewerb. Derzeit arbeite man aus, welche Leistungen sich anders gestalten ließen. Kritik an der Reorganisation komme auch aus der mittleren Führungsriege der Abteilungsleiter und stellvertretenden Geschäftsführer. Diese sähen sich nach einer Reorganisation schlechter gestellt, weil solche Funktionen nach Zusammenlegen von Bereichen und Abteilungen nicht mehr vorgesehen seien. Dies sei von diesem Plenum immer so gewollt gewesen. Man sei darüber im Gespräch, wie für diese Mitarbeiter Lösungen in Form von Projektleitungen, Prozessleitungen und lateraler Führung realisiert werden könnten.

Herr Pirck hält es für bemerkenswert, dass die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung angezweifelt würden. Er nehme mit Bedauern zur Kenntnis, dass nach der bisherigen Diskussion offensichtlich wenig Bereitschaft bestehe, die Entwicklungen von außen neutral bewerten zu lassen.

Mit 24 Nein-Stimmen bei 19 Ja-Stimmen und einer Enthaltung lehnt das Plenum den vorliegenden Eilantrag ab, eine unabhängige Evaluation des bisherigen Reorganisationsprozesses durch eine neutrale Instanz bzw. Expertenkommission einzusetzen.

TOP 8 Berichte

Herr Dr. Vogelsang nimmt Bezug auf das unter TOP 8 a abgegebene Votum des Plenums, den Eilantrag zur weiteren Behandlung an den Ausschuss für Inneres abzugeben. Er habe der Presse entnommen, dass sich ein Mitglied dieses Ausschusses einer „Säuberungswelle“ ausgesetzt sehe und fragt, ob es eine solche gebe. Er fragt weiter, ob vor dem Hintergrund dieser Äußerungen der Ausschuss für Inneres arbeitsfähig sei.

Herr Vizepräsident Mücke verweist auf TOP 9, unter dem Gelegenheit zur Diskussion und Beantwortung dieser Frage sei. Er leitet über zum ursprünglichen TOP 6 Berichte.

a) Berichte des Präses und des Präsidiums

Die Berichte des Präsidiums, unter anderem zur „hamburger wirtschaft“, werden aus Zeitgründen auf die März-Sitzung verschoben.

b) Bericht der Hauptgeschäftsführerin – Geschäftsbericht 2018

Aus Zeitgründen wird Frau Degen gebeten, den Geschäftsbericht 2018 in der März-Sitzung vorzustellen.

c) Aktuelles aus der Mitte des Plenums

Es liegen keine aktuellen Themen vor.

d) Berichte aus den Ausschüssen

Frau Vizepräsidentin Stumpf weist auf die Sitzung des Ausschusses für Digitale Wirtschaft am 13. Februar 2018 hin, zu der die Mitglieder des Ausschusses für Finanzwirtschaft und des Ausschusses für Innovation, Medien und Kreativwirtschaft eingeladen worden seien.

e) Bericht der Wirtschaftsjuvenen

Frau Odebrecht zeigt den neuen Imagefilm der Wirtschaftsjuvenen. Sie bietet an, für Fragen zu den Wirtschaftsjuvenen zur Verfügung zu stehen.

TOP 9 Verschiedenes

Herr Vizepräsident Mücke bejaht die Frage von Herrn Dr. Vogelsang, ob der Ausschuss für Inneres voll handlungsfähig sei.

Frau Nissen-Schmidt zitiert aus dem Protokoll des Ausschusses Gesellschaftliche Verantwortung vom 29. Oktober 2018, TOP 5. Dort sei protokolliert, dass dem Geschäftsbereich Wirtschaftspolitik durch Personalleihen auf absehbare Zeit keine fokussierte Projektarbeit zum Thema Gesellschaftliche Verantwortung möglich sei. Ähnliches höre sie auch aus den Bereichen Bildung. Sie schlägt vor, zur nächsten Sitzung eine Übersicht vorbereiten zu lassen, aus der ersichtlich wird, in welchen Bereichen Mitarbeiter abgebaut worden seien. Frau Degen sagt zu, den bereits erstellten Leistungskatalog vorzustellen und verfügbar zu machen.

Weitere Beiträge liegen nicht vor.

Herr Vizepräsident Mücke kündigt den Termin der nächsten Sitzung an: Donnerstag, 7. März 2019 um 16.00 Uhr. Eilanträge würden auch weiterhin zugelassen, er bitte aber um möglichst frühzeitige Eingabe aller Anträge, damit eine ausreichende Vorbereitungszeit möglich sei. Er bittet die Plenarmitglieder darum, sich aus organisatorischen Gründen zu den Sitzungen über HKConnect anzumelden und schließt die Sitzung um 18.09 Uhr.

Hamburg, 22. Februar 2019

gez. Christi Degen
Hauptgeschäftsführerin